

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Zeitspalt 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreislifte Nr. 2238.
Redaktion und Expedition:
Berlin O. 17,
Münchenergerstr. 15.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunker)

Nr. 50.

Berlin, den 12. Dezember 1902.

XIII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an **H. Bahlke**, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15, Geldsendungen an **E. Gahner**, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15, zu adressieren.

Mißgriffe und Uebergriffe.

Gerade in den letzten Monaten konnte man in der Tagespresse und in Wochenschriften besonders häufig von allen möglichen Mißgriffen und Uebergriffen lesen, die das Schuldkonto der Polizeibehörden auf das Schwerste belasteten. Bald hatte man anständige Mädchen und Frauen aus den oberflächlichsten und niedrigsten Gründen von der Straße weg verhaftet, sie als gemeinste Dirnen behandelt und tage-, ja sogar wochenlang der Freiheit beraubt. Redakteure, die wegen Preßvergehens eine Strafe zu verbüßen hatten, die also ein Opfer ihrer Ueberzeugung geworden waren, sind in der ungehörigsten Weise beschimpft worden, indem die mit ihrem Transport beauftragten Polizeibeamten sich nicht scheuten, sie in Fesseln zu legen und zusammen mit den schwersten Verbrechern zu führen. Es ist zweifellos, daß noch nicht einmal alle Fälle von Mißhandlungen seitens Polizeibeamten an die Oeffentlichkeit gelangen, und doch ist es eine ganze Zahl, mit denen sich die Presse im Laufe eines Jahres zu beschäftigen hat.

Unter solchen Umständen müßte eine tiefe Beunruhigung weite Kreise der Bevölkerung ergreifen, umso mehr, als die erhobenen Vorwürfe sich gerade gegen diejenigen Organe unseres Staatslebens richteten, welche in erster Reihe für Schutz und Sicherheit der Bürger Sorge zu tragen haben. Die Folge war denn auch eine Interpellation an den Reichskanzler, die vor einigen Wochen im Reichstage zur Besprechung gelangte. Im Auftrage des höchsten Reichsbeamten beantwortete der Staatssekretär des Reichsjustizamtes **Nieberding** die Anfrage, wobei er die merkwürdige Erklärung abgab, daß der Reichskanzler alle Mißgriffe aufs Schärfste verurtheile und für Bestrafung der in Frage kommenden Beamten stets Sorge trage. Eine einheitliche Regelung des Strafvollzuges konnte der Herr leider nicht in baldige Aussicht stellen; und doch wäre dies das einzige Mittel, um wenigstens einen Theil der Mißstände und der sich immer wiederholenden häßlichen und verurtheilenswerthen Vorkommnisse zu beseitigen. Die Erklärung müssen wir deshalb als merkwürdig bezeichnen, weil sie etwas ganz Selbstverständliches besagt. Oder soll vielleicht der Reichskanzler, der ja zugleich auch preussischer Ministerpräsident ist, die polizeilichen Verfehlungen nicht verurtheilen? Soll er sie vielleicht gutheissen und die betreffenden Beamten gar noch belobigen? Wenn Herr Nieberding weiter nichts zu sagen hatte, hätte er auch ganz schweigen können. Seitens der einzelnen Parteiredner, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, fand das Verhalten der angeschuldigten Beamten die allerheftigste Kritik, und man kann wohl sagen, daß selten eine solche Einmüthigkeit im Reichstage herrscht, wie es an jenem Tage der Fall war.

Wir können uns über diese Thatsache auch von unserem Standpunkte ja nur freuen; trotzdem aber hat uns die Behandlung der Frage nicht in jeder Hinsicht befriedigt. Gälte man nicht auch die außerordentlich zahlreichen und meist durch nichts gerechtfertigten Miß-

griffe von Schutzleuten gegen Arbeiter, die ihr gesetzliches Recht als Streikposten ausübten, in den Kreis der Erörterung ziehen können? Freilich die Zeit drängte; die Verhandlungen wurden abgebrochen, vertagt, und wer weiß, ob sie in diesem Reichstage überhaupt noch wieder aufgenommen werden können. Für diese, die Arbeiterwelt doch gewiß sehr nahe berührende Frage haben die meisten unserer „Volksvertreter“ kein Interesse. Ihnen kommt es jetzt vor allem darauf an, den Wuchertarif unter Anwendung der brutalsten Gewaltmittel, die selbst auf den Schein des Rechtes keinen Anspruch erheben dürfen, in Sicherheit zu bringen, um sich aus den Taschen der Ärmsten eine Nebeneinnahme zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, noch reichlicher als bisher ihre „standesgemäßen“ Neigungen befriedigen zu können.

Das soll uns allerdings nicht verhindern, hier wenigstens kurz noch einmal auf die Behandlung von Streikposten einzugehen, wie sie namentlich in letzter Zeit häufig von Beamten der Sicherheitsbehörde geübt worden ist. Wir haben schon in unserer Nr. 49 uns mit diesem Thema beschäftigt. Jedoch die Wichtigkeit der Frage sowie die Behandlung polizeilicher Uebergriffe im Reichstage rechtfertigt wohl ein nochmaliges kurzes Eingehen auf die Sache. Es soll ohne Weiteres zugegeben werden, daß der polizeilichen Willkür engere Schranken als früher gezogen worden sind, namentlich seitdem das Kammergericht seinen Standpunkt zu ungunsten der Polizeiorgane geändert hat. Sind aber dadurch alle Ungerechtigkeiten beseitigt? Dürfen wirklich die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht, und dazu gehört zweifellos auch das Streikpostenstehen, ausgiebigen Gebrauch machen? Diese Fragen müssen wir auf das Allerentschiedenste vereinen. Wie ist man nicht erst noch in der Bewegung, die anlässlich der Gestaltung des Arbeitsnachweises der Tischler in Berlin entstanden war, mit den Streikposten stehenden Arbeitern umgesprungen! Fortwährend sind dieselben von der Straße weggewiesen, häufig genug nach der Polizeiwache mitgenommen und bisweilen stundenlang dort festgehalten worden. Und die Schuld fiel dabei nicht etwa immer auf die unteren Beamten; auch Offiziere haben sich zu ungerechtfertigten Schritten gegen Streikposten hinreizen lassen. Ganz ähnliche Vorfälle haben sich gelegentlich des Dreherstreiks bei Borsig in Tegel bei Berlin abgepielt. Und was für Berlin und Tegel gilt, das trifft auch noch für andere Orte zu. Wir erinnern da nur an einige Sachen, die sich kürzlich in Rostock und Hamburg ereignet haben. Recht drastisch ist auch der Fall des Tischlers **Schütttauf**, der in Berlin von einem Schutzmann im dritten Stock eines Hauses betroffen wurde, in welchem gerade gestreikt wurde. Obgleich der Arbeiter, wie in der späteren Verhandlung von seinem damaligen Arbeitgeber ausdrücklich bestätigt wurde, in demselben Hause beschäftigt war, wurde er von dem Schutzmann aufgefordert, sich zu entfernen und schließlich gar zur Wache geführt. Es wurde dann die Anklage erhoben, weil **Schütttauf** die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet und den Aufforderungen eines Schutzmannes nicht Folge geleistet habe. In der Gerichtsverhandlung beantragte dann der Staats-

anwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte demgemäß und legte sämtliche Kosten, auch die außergerichtlichen, der Staatskasse auf. In der Begründung heißt es unter Anderem: „Das Streikpostenstehen an sich ist zulässig“, und von einer Störung der öffentlichen Ordnung könne nicht die Rede sein, da die zur Anklage führenden Vorgänge sich im Hause abgespielt hätten. Bei seinem Urtheil hat in diesem Falle der Gerichtshof ausdrücklich auf die Kammergerichtsentscheidung Bezug genommen, die auch in dem Zeitartikel unserer Nr. 49 angeführt ist.

Nun, in diesem Falle ist dem Arbeiter sein Recht geworden; in manchen anderen Fällen ist dies auch geschehen und wird es auch für die Zukunft geschehen. Indessen ist damit nach unserer Meinung den Arbeitern nicht viel gedient. Denn der eigentliche und einzige Zweck des Streikpostenstehens, Arbeitswillige von der Arbeit in einer gesperrten Werkstatt fernzuhalten, ist vereitelt. Durch Entfernung oder gar Verhaftung aller Streikposten können sich eventuell soviel Streikbrecher einfinden, daß eine Lohnbewegung verloren geht, während sich unter andern Umständen vielleicht Niemand zur Uebernahme der Arbeit bereit gefunden hätte und der Streik gewonnen worden wäre.

Aus diesen Gründen, meinen wir, genügt es nicht, daß die wegen Streikpostenstehens verhafteten Arbeiter straflos ausgehen, sondern es muß Vorsorge getroffen werden, daß das gesetzlich keineswegs verbotene, sondern auch durchaus zugelassene Recht des Streikpostenstehens gewahrt wird. Jeder Schutzmann, der ohne besondere Veranlassung einen Arbeiter deswegen behelligt oder gar verhaftet, müßte auf das Strengste bestraft werden, wenn man nicht den Verdacht auf sich laden will, daß auch hier bei Unternehmern und Arbeitern mit zweierlei Maß gemessen wird. Ungeheuer viel wird in dieser Hinsicht noch gefehlt, und deswegen haben wir mit Recht erwartet, daß auch diese Seite der Frage gelegentlich der Besprechung der polizeilichen Mißgriffe und Uebergriffe im Reichstage angeregt werden würde. Das ist leider nicht geschehen, und würde wahrscheinlich auch nicht allzu viel Eindruck auf die Regierungsvertreter gemacht haben. Jedenfalls hätte man von jener Seite noch einige allgemeine, nichtsagende Redensarten mehr gemacht, und dann wäre die Sache erledigt gewesen. Denn es ist ja eine zwar betrübende, aber nicht zu leugnende Thatsache, daß man in maßgebenden Kreisen den Bestrebungen der Arbeiter und ihrer Organisationen nichts weniger als freundlich gegenübersteht. Davon ist man nicht nur in der Arbeiterschaft fest überzeugt, sondern selbst in Schichten der Bevölkerung, die den Arbeitern recht fern stehen, kann man sich diese Anschauung nicht erwehren. Sonst würde beispielsweise der Landesgerichtsrath Kulemann in einem Aufsatze, in dem er gegenüber den Uebergriffen der wirtschaftlichen Kartelle eine Stärkung der Arbeiterberufsvereine empfiehlt, nicht von einer „engherzig-bureaokratischen Chikanierung“ derselben sprechen und den Rath erteilen, insbesondere „die künstlich gemaltesame Anwendung aller möglichen Gesetzesparagrafen auf sie zu unterlassen und seitens der staatlichen Organe eine ehrliche Neutralität zu üben“. Noch werthvoller freilich wäre eine freiheitliche Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts, die volle Durchführung der Koalitionsbefugniß und die Verleihung der Rechtsfähigkeit an alle erlaubten Vereinigungen.“ Wenn schon ein solcher Mann die „volle Durchführung der Koalitionsbefugniß“ fordert, so ist das ein Beweis dafür, daß von einer solchen bis jetzt noch nicht die Rede sein kann. Und in der That zeigt dies ja auch die Behandlung, die den Streikposten allenthalben zu Theil wird. In einem wirklichen Rechtsstaate sollte man allerdings auf solche Ereignisse nicht stoßen, und es ist dringend zu wünschen, daß solchen unwürdigen Zuständen von oben herab gründlich ein Ende gemacht wird. Denn es handelt sich auch hier um Mißgriffe und Uebergriffe, die mindestens eine ebenso scharfe Verurtheilung verdienen wie die jüngst im Reichstage gerügten.

Winterorgen.

Die Eisbahnen und die Wärmehallen sind vielfach bereits eröffnet. Welche Gegenägel hier die Fröhlichen, die sich auf den kalten Winter freuen, der ihren Vergnügungen eine neue hinzugefügt. Und dort die Armen und Elenden, denen vor dem kalten Winter bangt, der mit seiner Kälte und seiner Verringerung der Arbeitsgelegenheit ihren mannigfachen Sorgen neue hinzugefügt. Wenn uns auch noch einige Wochen vom offiziellen Winterbeginn trennen, so spüren wir doch den Winter schon mehr als uns lieb ist, nicht nur am Thermometer, sondern leider auch schon an der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, des Arbeitsmarktes. Bekanntlich haben auf Veranlassung des preussischen Ministeriums unlängst durch die Regierungspräsidenten Erhebungen über die Lage des Arbeitsmarktes stattgefunden, die Ergebnisse dieser Erhebungen sind bisher noch nicht mitgetheilt, doch ist ihre Quintessenz dahin bezeichnet worden, daß von einer allgemeinen Arbeitslosigkeit, die besondere Regierungsmaßnahmen erfordere nicht gesprochen werden könne. Diese Auffassung trifft nach allem, was bisher bekannt geworden ist, in der That nicht nur für die Lage des Arbeitsmarktes in Preußen, sondern für die in ganz Deutschland zu. Von einer Arbeitslosigkeit, die den Charakter einer allgemeinen Kalamität annimmt, kann nach Zusammenfassung aller Berichte über die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht gesprochen werden. Aber das Uebel der partiellen Arbeitslosigkeit, das sich bereits vielfach und ganz besonders in den Industriezentren und den größeren Städten geltend macht, ist schlimm genug, und es besteht die Gefahr, daß dies

Uebel sich mit dem herannahenden Winter, der die Arbeitsgelegenheit ja wesentlich verringert, verschlimmern und verallgemeinern könnte.

Man hat in der That leider alle Ursache, dem kommenden Winter mit Sorge entgegen zu gehen. Giebt es schon jetzt kaum eine größere Industrie, in der nicht erhebliche Betriebseinschränkungen nothwendig geworden sind, so muß man befürchten, daß diese Einschränkungen, die leider vielfach Arbeiterentlassungen zur Folge hatten, mit dem Winter, wenn sich die wirtschaftliche Konjunktur nicht wider Erwarten günstig gestaltet, einen noch größeren Maßstab annehmen werden. Es ist freilich selbstverständlich, daß die Unternehmer die soziale Verpflichtung haben, ihre ganze Umsicht aufzubieten, um Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Es ist des weiteren selbstverständlich, daß die Arbeitgeber, wo solche Betriebseinschränkungen durchaus nicht zu vermeiden sind, vor allem auf die verheiratheten Arbeiter Rücksicht nehmen sollen, da in diesem Falle die Entlassung eines Arbeiters ein vervielfältigtes Elend bedeutet.

Und wir möchten, hebt die Danziger Zeitung, der wir in diesen Ausführungen folgen, hervor, drittens bei dieser Gelegenheit die Forderung allgemein aufstellen, die für gewöhnlich nur bei der Ausführung von Staatsarbeiten geltend gemacht wird, daß die Arbeitgeber in erster Linie an die Beschäftigung einheimischer Arbeiter denken sollen.

Selbstverständlich ist es, daß in diesen schweren Zeiten auch die Gemeinden größere soziale Pflichten zu erfüllen haben, die vor allem in der Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen bestehen. Das Wort „Nothstandsarbeiten“ hat ja im allgemeinen keinen guten Klang, denn man pflegt dabei für gewöhnlich an überflüssige Arbeiten zu denken, die mehr den Deckmantel für ein Almosen bedeuten. Das braucht aber keineswegs der Fall zu sein, und es ist anzuerkennen, daß diesmal von vielen Gemeinden Vorbereitungen getroffen worden sind, um die Nothstandsarbeiten einerseits zweckmäßiger zu organisiren und dabei andererseits mehr Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Kategorien von Arbeitslosen zu nehmen.

Den Nothstandsarbeiten ist freilich durch die Größe des Gemeindefächels eine Grenze gesetzt, und es liegt in der Natur der Sache, daß die städtischen Verwaltungen hierbei zunächst nur diejenigen Arbeitslosen berücksichtigen, die sich schon seit längerer Zeit in der Stadt aufhalten. Es gilt dies ganz besonders von der Reichshauptstadt, die, wie alljährlich, so auch jetzt bereits wieder unter dem Zug der Arbeitskräfte von außerhalb zu leiden beginnt. Leider sehen zahlreiche, in der Provinz ansässige Arbeiter, durch falsche und verlockende Darstellungen getäuscht, in Berlin noch immer das Dorado, wo man Verdienst in Hülle und Fülle findet und wo das Geld gleichsam auf der Straße liegt. Solchen thörichten Auffassungen kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Der neu Zuwandernde sucht hier vergeblich nach Arbeit, denn was an Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, ist mit einheimischen Kräften überreich besetzt, und die Zahl der Arbeitslosen nimmt ständig zu. Die auswärtigen Arbeiter können deshalb gar nicht dringend genug vor dem Zuzug nach Berlin gewarnt werden.

Rundschau.

Wochenübersicht. Die Begehrlichkeit der Brodvertheuerung hat jede Rücksicht gegen die Minderheit des

Reichstages

fallen lassen. Unerhörte Scenen spielten sich dort ab. Man erstickt, erdroffelt jede Opposition. Das Zollkartell des Centrums, der Konservativen und der — Nationalliberalen setzt sich über die Geschäftsordnung und über die parlamentarische Tradition rücksichtslos hinweg. Jeder Antrag, der von der Minderheit ausgeht, wird in Grund und Boden gestimmt. In der Kommission hatte es schon die Mehrheit durchgesetzt, daß kein schriftlicher Bericht über die Kommissionsverhandlungen erstattet wurde, das Plenum weiß also gar nicht, was in der Kommission vorgegangen ist. Man hat den schriftlichen Bericht, der über Vorlagen von solcher Tragweite immer üblich ist, mit der Motivirung abgelehnt, man könne ja auch mündlich ausführlich berichten. Jetzt wollte jedoch die Mehrheit sogar auf den mündlichen Bericht verzichten — immer in der Eile, nur schnell fertig zu werden — die Linke hat indessen die Berichterstattung erzwungen, wobei ihr auch der Abg. Richter sekundirte. Allerdings bleibt diese mündliche Berichterstattung höchst mangelhaft und wer sich künftig über den Gang der Kommissionsverhandlungen über den Zolltarif informieren will — über diese Verhandlungen, für die der Bundesrath außerordentlicher Weise Diäten bewilligte — der findet in den amtlichen Publikationen des Reichstags so gut wie nichts. Es handelt sich aber doch um schwerwiegende Abänderungen, zum Theil sogar um Beschlüsse, die von der Regierung für unannehmbar erklärt wurden — alles aber wird heruntergehampelt und dem Hause ist es unmöglich, in eine sachliche Berathung über Aenderungen einzutreten, von denen das Wohl und Wehe, vielfach sogar die wirtschaftliche Existenz vieler Tausenden abhängt. Und so etwas wagt eine Volksvertretung dem Volke zu bieten! Sind die Referate beendet, dann kommt das Fallbeil des Antrages Kardorff, dann sollen an die 900 Positionen in einem Athem erledigt werden. Wer besigt die Stirn, das noch sachliche Verhandlungen zu nennen? und wer wagt es zu behaupten, daß dabei die Interessen und Wünsche des Volkes die gebührende Berücksichtigung

sichtigung finden? Auf der einen Seite ist der Antrag Kardorff ein unerhörter Rechtsbruch, auf der anderen Seite ist er eine Gewalthat gegen das Volk. Diesen Thatsachen gegenüber muß die Linke einig vorgehen, für Fraktionseifersucht bleibt da kein Raum. Graf Posadowsky hat mit Recht eine Einmischung der verbündeten Regierungen in die Geschäftsführung des Reichstags abgelehnt. Das ist korrekt und die Regierung mag froh sein, keine formelle Verantwortung für das Vorgehen der Mehrheit tragen zu müssen, mit der sie in der Sache handelsweis geworden ist und die sie ja auch angeklagt hat. „Hinten herum“ nimmt man dann den Zolltarif entgegen.

Was uns anlangt, so erklären wir offen und ehrlich, daß wir uns um jede

parlamentarische Taktik

den I — — I scheeren. Wir verlangen von den Volksvertretern, daß sie alles daran setzen, um das Vorhaben der

Brotvertheuerer

zu vereiteln. In welcher Weise das geschieht, ist für uns eine Sache von weniger maßgebender Bedeutung, wir wollen nur haben, daß man die

Lebenshaltung der Arbeiter

nicht herunterdrückt im Interesse jener „kleinen, aber mächtigen Partei,“ welche für das Wohlergehen des Volkes noch niemals einen Pfifferling übrig gehabt hat. Taktik hin, Taktik her, — der Arbeiter wird nimmer eine Taktik verstehen, die dazu hilft, den Brodwucherern den Sieg zu erleichtern. Von diesem Standpunkt aus betrachten wir die Vorgänge im Reichstage.

Was für Geister sich unter dieser Mehrheit nimmeln, geht aus einem Stoßseufzer in der „Kreuz-Zeitung“ hervor. Da heißt es unter der Ueberschrift:

Das Gebet für den Reichstag

folgendermaßen: „Viele treue Pastoren und ernste Kirchenbesucher werden sich in der letzten Zeit bei der sonntäglichen Fürbitte für den Reichstag schmerzliche Gedanken gemacht haben. Es liegt die Versuchung nahe, zu sagen: „Ist es nicht ein Hohn, diesen Reichstag an heiliger Stätte überhaupt zu erwähnen?“ Ja, wir wissen, daß manche Pastoren, von derartigen Empfindungen beherrscht, das Gebet für den Reichstag auslassen. Aber das ist unrecht — nicht nur weil es Ungehorsam gegen die kirchliche Behörde darstellt, sondern noch viel mehr, weil es einen Mangel des Glaubens an die Macht des Gebets in sich schließt. Möchten vielmehr alle, die wirklich beten können, aus dem Blick auf die schmachvollen Vorgänge im deutschen Reichstage die starke Anregung entnehmen, die Fürbitte recht ernstlich und inbrünstig zu üben und dadurch — ohne Haß und Bitterkeit — die Macht der Finsterniß zu überwinden! Wenn alle gläubigen Christen sich sonntäglich zu solchem Gebet zusammenschließen, so muß das einen Erfolg erzielen.“ — Ist das nicht ein starkes Stück? Und da sollen sich die Gegner des Zolltarifs Glacehandschuhe anziehen und auf Sammetpfötchen zum Kampf gegen diese „Macht der Finsterniß“ ausziehen? Ein mindestens komisches Verlangen für Vertreter von Arbeitern, welche für die Arbeit der Aufklärung begeistert sind.

Die drei Vorsteher Schröder, Veim Peter und Meyer des Verbandes Deutscher Bergarbeiter, der seinen Sitz in Bochum hat, und die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder auf Grund der Gewerbeordnung und der sozialen Gesetze wahrnehmen, bezw. fördern will, waren in Strafe genommen, weil sie es unterlassen hatten, die Änderungen im Mitgliederbestande der Filialen des Verbandes, die sich über ganz Deutschland erstrecken, der Ortspolizeibehörde in Bochum rechtzeitig, gemäß § 2 des Vereinsgesetzes, mitzutheilen. Die Angeklagten hielten sich dazu nicht für verpflichtet weil die Filialen den betreffenden Ortspolizeibehörden in den verschiedenen Theilen Deutschlands die Veränderungen mittheilen. Das Landgericht zu Bochum verurtheilte aber die Angeklagten zu Geldstrafen, da sie verpflichtet gewesen seien, auch die Veränderungen im Mitgliederbestande der verschiedenen Filialen der Ortspolizeibehörde in Bochum mitzutheilen, weil die Zahlstellen vom Verbandsamt völlig abhängig seien und mit dem Verbandsamt einen einzigen, über das ganze Reich sich erstreckenden Verein bilden, der seinen Sitz in Bochum habe; dort seien auch sämtliche Veränderungen vom Vorstande anzumelden. Das Kammergericht bestätigte die Vorentscheidung. Ohne Zweifel handelte es sich um einen Verein im Sinne der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes. Nach dem Statut sei erst jeder Mitglied des Verbandes, wenn die Aufnahme seitens des Verbandsvorstandes vollzogen sei. Mitglieder der Zahlstellen werden daher Mitglieder des Verbandes. Die Veränderungen in den verschiedenen Zahlstellen seien demnach dort anzumelden, wo der Verband seinen Sitz habe.

Mit dem 16. November ist der große Neubau des Zentral-Arbeitsnachweises in Berlin, und zwar Gormannstr., eröffnet worden. Staatssekretär Graf Posadowsky und Minister Freih. v. Hammerstein waren hierzu mit Vertretern ihrer eignen und anderen Ressorts erschienen, ebenso Mitglieder der städtischen Behörden und andere Geladene. Der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin und

des Zentralverbandes deutscher Arbeitsnachweise Dr. Freund, dem Anregung und Plan der neuen Anstalt zu danken ist, warf in seiner Begrüßungsrede einen Rückblick auf die Thätigkeit des Berliner Zentralarbeitsnachweises, dessen verdienstvolles Wirken schon zu Desterem erwähnt sei. Das Gebäude ist aus den Ueberschüssen der Versicherungsanstalt Berlin (gemäß § 164 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes) errichtet und an den Zentralarbeitsnachweis in Generalpacht gegeben, wozu die städtischen Behörden Berlin's auf 10 Jahre je 20 000 Mk. Unterstützung bewilligt haben. Dr. Freund schilderte die Thätigkeit, die in den Räumen entfaltet werden soll, eine Thätigkeit, die keine sozialpolitische Utopie, sondern ein thatsächlich lösbarer Theil der sozialen Frage sei. Er richtete zugleich an die Arbeitgeber, die dem hier geübten paritätischen Facharbeiter-Nachweis bisher wenig Sympathie entgegenbrachten, die dringende Mahnung, die hier gebotene Hand der Arbeiter zum sozialen Frieden zu ergreifen, und schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Thätigkeit im neuen Hause kräftig blühen, wachsen und gedeihen möge. Nachdem hierauf der Erbauer des Gebäudes, Stadtbauinspektor Kardorff die Anlage erläutert hatte, ergriff Graf Posadowsky das Wort zu folgender Ansprache:

Die neue Zeit erfordere neue Wege und Mittel; das neue Zentralarbeitsnachweis-Gebäude zeige, daß diese neuen Wege auch in der Reichshauptstadt erfolgreich eingeschlagen worden sei. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beruhe im modernen Staat auf dem Vertrag; daraus folge daß beide Theile auf einander angewiesen seien und danach streben müssen einen verständigen Ausgleich ihrer Interessen auch in der Arbeitsvermittlung zu finden. „Ich kann wohl ohne Chauvinismus und Ueberhebung sagen“, so fuhr er fort, „daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches vielfache Einrichtungen humanitärer Art musterhaft geschaffen hat und in dieser Beziehung in der That an der Spitze unseres modernen Kulturlebens in Deutschland steht, und ich empfinde herzliche Freude und Genugthuung, daß eine solche vorzügliche Einrichtung aus der freien Initiative der Selbstverwaltung und hochherziger Männer entstanden ist. Ich spreche diesen Männern und dem Zentralverein herzlichen Dank aus.“

Die neue Anstalt, die ausschließlich des Grunderwerbs 650 000 Mk. gekostet hat, umfaßt zwei mächtige Gebäude deren ansprechende Fassaden in Backstein mit einfachen Sandsteingliederungen ausgeführt sind. Die Heizung erfolgt durch eine Niederdruckdampf- in Verbindung mit einer Lüftungsanlage. Elektrisches Licht erhellt die Räume. Jeder Bureauraum hat Telephonanschluß. In allen Sälen befinden sich Uhren, Wasserzaphähne, feste Sitze, Klappstühle zc. Nach der Gormannstraße zu liegt der Nachweis für ungelernete Arbeiter mit dem 900 Quadratmeter großen Oberlichtsaal, der Sitzplätze für 1400 Erwachsene hat, und einem zweiten Saal für 420 Jugendliche. Nach der Rückertstraße zu liegt das für 2000 Personen eingerichtete Gebäude, in dem sich der Nachweis für weibliche Personen und für Facharbeiter befindet. Ein Brausebad mit 15 Zellen, Werkstätten zur Instandsetzung von Kleidern und Schuhwerk, eine Sanitätsstube, eine Bäckerei mit Lebensmittel für die Arbeitssuchenden und eine Kantine vervollständigen die in jeder Beziehung musterartige Institution, deren segensreiche Wirksamkeit unter ihrer thatkräftigen und weischaudenden Leitung Arbeitgebern und Arbeitern in gleichem Maße zu Gute kommt.

Aus dem Verlage von J. Garrwitz Nachfolger, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 16, liegt uns der in Interessentkreisen bereits beliebte und bekannte Fachkalender, nämlich der „Allgemeine Tischler-Kalender 1903“ mit der wichtigen Beigabe „Praktische Anleitung zur Buchführung für Gewerbetreibende,“ speziell für Tischler bearbeitet, vor. Je mehr sich ein solcher Fachkalender in praktischer Hinsicht als gut und zweckdienlich erweist, desto größer wird die Zahl der Freunde und ständigen Abnehmer sein. Daß die Verlags-handlung diesen Grundsatz auch wiederum für die neue Ausgabe des Kalenders befolgt hat, beweist uns ein Blick auf das vorliegende, elegant gebundene Werk. Aber auch inhaltlich ist wiederum viel geboten. Wir brauchen nur das reichhaltige Inhalts-Verzeichnis zu überblicken, um zu sehen, daß in knapper, übersichtlicher Form zusammengetragen ist, was für Kontor und Werkstatt notwendig und nützlich ist. Der Preis ist im Vergleich zu dem Gebotenen äußerst gering. Jeder Kalender kostet bei freier Zustellung nur Mk. 1,60. Bestellungen nehmen auch alle Buchhandlungen entgegen.

Ein Idyll aus dem Zwangsinnungs-Leben liegt in folgendem Bericht aus Leipzig: In der hiesigen Buchdrucker-Zwangsinnung wird fast seit ihrem Begründungsjahre (1898) ein Kampf zwischen dem Vorstand und den Gegnern der Zwangsinnung, d. h. den Inhabern großer, fabriktartig betriebener Etablissements ausgefochten, der im Laufe der Jahre immer heftigere Formen angenommen hat und in dem wohlbekannte Namen des Buchdruckgewerbes verflochten sind. Schließlich erließ der Vorstand eine öffentliche Erklärung gegen die Führerschaft der Opposition, in welcher den Herren Rudolf Brockhaus, Joh. Hirschfeld, Ernst Heitmann und Berthold Jäckel vorgeworfen wird, daß sie, um die Zwangsinnung zur Auflösung zu bringen, zu persönlicher Bekämpfung des Vorstandes übergegangen seien. Einzelne Mitglieder desselben seien in wahrheitswidriger Weise in ihrer persönlichen und geschäftlichen Ehre verletzt worden. Die Sache kam dieser Tage vor dem Schöffengericht zum Austrag, das gegen den Innungsvorstand entschied. Es wurden verurtheilt der Buchdruckereibesitzer Dr. Giesecke

(i. Ja. V. G. Teubner) zu 130 Mk. und die Buchdruckereibesitzer Fischer und Weber zu je 100 Mk. Geldstrafe. Wie in der Verhandlung zur Sprache kam, waren die Gemüther einmal so erregt, daß nach Schluß einer Generalversammlung ein Straßen-Orzech zu befürchten war, indem ein Vorstandsmitglied drohte, einen Anhänger der Opposition auf der Straße zu prügeln.

Die vom Reichstag am 14. Oktober abgebrochene Beratung über die zum Vereins- und Versammlungsrecht eingelaufenen Petitionen hat derselbe am 15. November zu Ende geführt und die sämtlichen Eingaben auf Schaffung eines einheitlichen Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen unter Gleichstellung der Frauen mit den Männern dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Nicht ohne Beschämung aber kann man die theils lächerlichen, theils ärgerlichen „Fälle“ lesen, die Ueberstand, Willkür und Ungerechtigkeit auf Grund der einzelnen Bestimmungen gegen Vereine und Versammlungen verübt haben. Was da aus Westfalen, Schleswig-Holstein und Schlesien, aus dem Königreich Sachsen, aus Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt und den thüringischen Kleinstaaten an Anlage- und Beweismaterial gegen veraltete und dehnbare Vorschriften vorgebracht wurde, ist geradezu überwältigend. Die Reden der Vertreter der Regierungen von Sachsen und Weimar, die vom Bundesrathstisch allein das Wort ergriffen, riefen lediglich den Eindruck hervor, daß sie sich selbst der Schwäche ihrer Sache bewußt waren. Um so stärker wirkten die Hinweise der Abgeordneten Gröber (Centrum) und Sieber (nationalliberal) darauf, daß in ihrer Heimath Württemberg sich sehr gut mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit leben lasse. Mit großer Wärme trat Abgeordneter Koesike für die Petitionen ein, und wir pflichten seinen Worten durchaus bei, daß nichts mehr die Achtung vor dem Parlamentarismus herabsetze, als wenn die Verbündeten Regierungen unaufhörlich der Forderung des Reichstags nach einem einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsgesetz für das ganze Reich Widerstand entgegensetzen.

Das preussische Kammergericht über den Begriff „politischer Verein“. Das Landgericht Posen hatte, wie die „Soz. Prag.“ berichtet, auf Schließung eines polnisch-katholischen Volksvereins erkannt, weil der Vorsitzende einen Lehrling als Mitglied aufgenommen hatte; damit sei gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstossen, der Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge von politischen Vereinen ausschliesse, und politisch sei der Verein, weil er nach seinem Statut die sozialistischen und anarchistischen „Umsturzbestrebungen“ bekämpfen wolle und bestrebt sei, die Gesetzeskenntnis seiner Mitglieder zu verbessern. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch die Entscheidung gänzlich auf, weil der Begriff des politischen Vereins vom Landgericht falsch aufgefaßt worden sei. Ein politischer Verein sei ein solcher, der auf den Staat, seine Gesetzgebung, seine Institutionen oder internationalen Beziehungen einwirken wolle. Davon sei aber hier nicht die Rede. Insofern der Verein bestrebt sei, die Gesetzeskenntnisse seiner Mitglieder zu verbessern und diese über ihre bürgerlichen Pflichten und gesetzlichen Freiheiten aufzuklären, sei er ein Bildungsverein, aber kein politischer Verein. Und wenn er sich auch mit der Bekämpfung der sozialistischen und anarchistischen Umsturzbestrebungen abgebe, so mache ihn das auch noch nicht zu einem politischen Verein, denn eine Absicht, auf den Staat oder die Gesetzgebung einzuwirken, könne darin ebenfalls nicht gefunden werden. Höchstens könnte der polnisch-katholische Volksverein wegen der Bekämpfung der Umsturzbestrebungen als ein Verein angesehen werden, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle und deshalb den Melde- und Anzeigepflichten des § 2 des Vereinsgesetzes unterfalle. Solche Vereine könnten aber, sofern sie nicht auch zugleich dem § 8 unterlägen, Frauen und Lehrlinge aufnehmen.

Aus den Ortsvereinen.

Cottbus. In der am 28. November abgehaltenen öffentlichen Gewerkevereinsversammlung, die vom hiesigen Ortsverein der Tischler einberufen war, referirte unser Schachmeister, Kollege G a h n e r (Berlin) über „Die Deutschen Gewerkevereine.“ Der Vorsitzende S c h e p p a n bedauerte bei Eröffnung der Versammlung um 9 Uhr Abds. den schwachen Besuch und ertheilte dann dem Referenten das Wort. Redner begrüßte zunächst die Anwesenden und erläuterte darauf in längerer Rede die verschiedenen Einrichtungen im Gewerkeverein. Leider zeigten die Mitglieder noch vielfach wenig Interesse für ihre Organisation, was um so bedauerlicher sei, als doch die Lebenslage der Arbeiter dringend einer Verbesserung bedürfe. Da sei es Pflicht aller Mitglieder, die Versammlungen so zahlreich wie nur irgend möglich zu besuchen und dem Verein unorganisirte Kollegen zuzuführen, denn nur dann sei etwas Erspriechliches für die Arbeiter zu erreichen. — In der sich anschließenden Diskussion gelangte allseitige Zustimmung zum Ausdruck, wonach der Vorsitzende dem Kollegen G a h n e r für das Referat bestens dankte und dann die Versammlung schloß.

M. R o s b a c h, Sekretär.

Elberfeld. In der am Sonnabend, den 29. November, abgehaltenen Monatsversammlung des Ortsvereins der Tischler standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Abrechnung vom Stiftungsfest, Ausschuhwahl, unsere Arbeit im Winter, Verschiedenes. Beim ersten Punkt, Abrechnung vom Stiftungsfest, war ein Ueberschuß von 60 Mk. zu verzeichnen. Nachdem der Vorsitzende Allen, die zur Erreichung des Resultats mitgewirkt, für ihre rege Theilnahme den besten Dank ausgesprochen, wurde in die Ausschuhwahl eingetreten. Es wurden gewählt: Koll. E i c h e l zum Vorsitzenden, Koll. S e n n e zum Sekretär, Koll. W e i s e l zum Kassirer; zum Beisitzer wurde Koll. M u l h o f f und zu Revisoren die Koll. K r e i l und Z a b e l aus-ersehen. Zum dritten Punkt, unsere Arbeit im Winter, referirte Koll. K r e i l. Derselbe betonte, daß wohl Jeder verstehe, was hiermit gemeint sei, nämlich wie wir am besten die Agitation im kommenden Winter betreiben, und bittet die anwesenden Kollegen, daß jeder auf der Werkstätte ein Agitator sein möchte, da die Agitation von Mund zu Mund noch immer am besten wirke. Angesichts der schlechten Zeiten sei es besonders gut angebracht, die indifferenten Kollegen endlich aufzuklären, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, sich einer Organisation anzuschließen. Zu diesem Zweck empfiehlt Referent für diejenigen Werkstätten, wo noch der Indifferentismus vorherrscht, die Einberufung von Bezirksversammlungen, wo dann über unsere Gewerkevereinsbestrebungen zu sprechen sei. Zum Schluß machte der Referent noch die Mittheilung, daß es ihm gelungen sei, am Sonntag, den 23. November, mit Unterstützung eines dortigen Kollegen sowie eines Verbandsgenossen vom Ortsverein der Maschinenbauer in Hamm einen Ortsverein unseres Berufes zu gründen, welches von der Versammlung freudig begrüßt wurde. An diesen interessanten Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion, wobei der Wunsch laut wurde, sich mehr wie bisher an den Diskutirabenden zu betheiligen, da dieselben gewissermaßen eine Schule zur Erziehung richtiger Gewerkevereiner bilden. Im Punkt Verschiedenes wurde noch beschlossen, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten und wurden außer dem Inhalt der Sammelbüchse noch 20 Mk. aus der Privatkasse für die Kinderbescherung bewilligt. Zur Vorbereitung dieser Feier wurde eine Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern und dem Ausschuh, gewählt. Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten, wurde um 12½ Uhr Nachts Schluß der Versammlung beantragt und angenommen.

G e o r g S e n n e, Sekretär.

Berlin (Königt.). Am Sonnabend, den 29. November, hatte unser Ortsverein nach langer Zeit wieder einmal Gelegenheit, unseren Generalkathosvorsitzenden, Kollegen B a h l k e, bei uns zu sehen. Derselbe wurde vom Vorsitzenden, Kollegen L i e b s c h e r begrüßt, und erhielt nach Erledigung einiger Sachen das Wort zu einem Vortrag: „Die wirtschaftliche Krise und die heutige Lage der Arbeiter.“ Nach einigen einleitenden Worten über das Thema seines Vortrages schilderte Redner in anschaulicher Weise, durch treffende Beispiele gewürzt, den Stand der so schwer auf dem deutschen Arbeiter lastenden Krise. Zwar scheint der Höhepunkt derselben wohl überschritten, aber undenklich schwer lasten die Folgen dieser wirtschaftlichen Depression auf der arbeitenden Klasse, und jetzt, wo wir noch im Zeichen der Krise stehen, wird dem deutschen Arbeiter, gleichsam als Radikalheilmittel, ein schöner Sonntagsbraten, der berückigte Zolltarif, vorgelegt. Den arbeitenden Klassen, die schon halb und halb am Hungertuche nagen, ihnen sollen nun auch noch die nothwendigsten Lebensmittel verteuert werden, und dies nur zu Gunsten der sogenannten „oberen Zehntausend“, die nie den Hals voll bekommen können. Leider ist die Annahme dieses Brodwuchergesetzes so gut wie sicher, aber vielleicht hat die Annahme dieses Gesetzes die gute Wirkung, daß der deutsche Arbeiter aus dem Schlafe der Interessenlosigkeit aufwacht und sich seiner Pflicht, seiner Familie sowie sich selbst gegenüber, bewußt wird. Diese Pflicht besteht darin, daß er seine Arbeitskraft so lange wie irgend möglich seiner Familie erhält. Dies kann er aber nur erreichen, wenn er seine Arbeitskraft so theuer wie möglich verkauft und eine menschenwürdige Arbeitszeit besitzt. Der einzelne Arbeiter ist aber nicht in der Lage, im Vertrauen auf sich selbst derartige menschenwürdige Zustände zu erringen, sondern er muß sich einer Organisation anschließen, die, wie die Deutschen Gewerkevereine, sich die sittliche und materielle Wohlfahrt der Arbeiter zum Ziel gesetzt hat. Es ist unglaublich, aber traurige Wahrheit, daß von den 12 Millionen Arbeitern Deutschlands nur ungefähr eine Million organisiert ist, wie auch zu bedauern, daß bei den von den Deutschen Gewerkevereinen einberufenen Protestversammlungen gegen das obengenannte Gesetz vielfach über schlechten Besuch zu klagen war. Pflicht aller Mitglieder ist es, dafür Sorge zu tragen, daß die Interessenlosigkeit immer mehr verschwindet und unsere Reihen immer dichter werden. Nachdem der Referent noch unser Unterstützungswesen mit dem des Holzarbeiterverbandes verglichen, berührt derselbe auch den Stolper Tischlerstreik, der dem Gewerkeverein allein 12 000 Mk. gekostet habe, wohl ein sicheres Zeichen der Leistungsfähigkeit unserer Organisation, trotz des geringen Beitrages von nur 15 Pf. pro Woche. Mit der Aufforderung, eifrig für unseren Gewerkeverein zu agitiren, beendete Kollege B a h l k e unter lebhaftem Beifall der Versammelten seinen interessanten und zeitgemäßen Vortrag. Nachdem der Referent noch mehrere an ihn gerichtete Fragen zur vollen Zufriedenheit der Fragesteller beantwortet hatte, stattete Vorsitzender L i e b s c h e r dem Vortragenden den Dank der Versammlung ab. Hierauf fand eine von Kollegen W e h l e eingebrachte Resolution folgenden Inhalts:

„Die heute tagende Versammlung des Königl. Ortsvereins erklärt sich mit dem Referat des Kollegen Bahle voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, fernerhin für das Aufblühen unserer Organisation kräftig einzutreten“

einstimmige Annahme. Im Geschäftlichen wurde beschlossen, auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, und zwar am ersten Weihnachtsfeiertage, Nachm. 5 Uhr, im Vereinslokal. Ferner lag ein Schreiben des Ortsverbandes Stettin vor, betreffs Gründung einer eigenen, täglich erscheinenden Zeitung für Norddeutschland. Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig ist, eine neue Zeitung zu gründen, sondern fordert den weiteren Ausbau der bestehenden Gewerkezeitungen, namentlich des „Gewerkeverein“. Hierauf wurde die Versammlung mit der Aufforderung an die Mitglieder, die nächste Versammlung, in welcher die Ausschlußwahl stattfindet, recht zahlreich zu besuchen, Nachts 12 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

* * *

Nun, Kollegen, noch ein paar Worte an die Mitglieder, die selten oder garnicht die Versammlungen besuchen. Wenn wir Gewerkevereiner mit der Zeit mitgehen wollen, wenn wir allen Angriffen unserer Gegner Stand halten wollen, dann müssen wir uns immer mehr in die Gewerkevereinsidee vertiefen. Dieses können wir aber nur lernen, wenn wir fleißig die Versammlungen besuchen. Es wird in jeder Versammlung ein Stück Gewerkevereinsprogramm durchgenommen; durch vieles Reden und Gegenreden wird Klarheit über alle Angelegenheiten geschaffen, und ist erst die Scheu mancher Mitglieder, sich an der Diskussion zu beteiligen, geschwunden, so wird man bald hieb- und stichfest im Kampf wider unsere Gegner werden. Also Kollegen, besucht fleißig die Versammlungen, werdet überzeugte Gewerkevereiner, nicht nur Rassenmitglieder, und dann auf zur Agitation. Jeder wirke mit an der Erreichung der hohen, heiligen Ziele der Deutschen Gewerkevereine.

S. B.: S. Mehle, 1. Beisitzer.

Düsseldorf. Die am Dienstag, den 25. November, stattgefundene Versammlung wurde, da der Vorsitzende, Kollege Schumacher, durch Krankheit verhindert war, gegen 9 Uhr Abds. durch den Beisitzer, Kollegen Broker, eröffnet. Die Tagesordnung bestand aus: 1. Protokoll, 2. Abrechnung vom Stiftungsfest, 3. Bericht von der am 19. November stattgefundenen kombinierten Ausschlußsitzung, 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende zunächst den als Gast anwesenden Genossen Müller aus Worms vom Gewerkeverein der graphischen Berufe. Sodann wurde das Protokoll verlesen und angenommen. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 96,40 Mk. und eine Ausgabe von 79,70 Mk.; zur Prüfung derselben wurden die Kollegen Mai und Dun gewählt. Den Bericht von der kombinierten Ausschlußsitzung erstattete Kollege Heinen. Der erste Punkt galt den Stadtverordnetenwahlen, an der sich die Gewerkevereine und freie Gewerkschaften gemeinsam beteiligten und von jeder Seite zwei Kandidaten aufgestellt wurden, wovon seitens der Gewerkevereine Genosse Ziegler, von den freien Gewerkschaften Genosse Erbert am 27. und 28. November in die Stichwahl mit den Kandidaten des Zentrums kamen. Die auf die Gewerkevereine entfallenden Kosten sollen, laut Beschluß der kombinierten Ausschlußsitzung, prozentual der Mitgliederzahl von den einzelnen Ortsvereinen getragen werden, weshalb die Versammlung beschloß, eine Liste aufzulegen, in der jedes Mitglied freiwillige Beiträge für diesen gemeinnützigen Zweck zeichnen kann, zumal durch die Beteiligung an der Wahl ein großer Achtungserfolg erzielt sei. Der zweite Punkt betraf die Finanzlage des Arbeitersekretariats. Aus dem Bericht des Kassiers der sozialen Kommission, Gen. Broker, in der betreffenden Sitzung, war zu entnehmen, daß dieselbe nicht gerade günstig zu nennen ist. Die Arbeiten und die damit verbundenen Auslagen häuften sich enorm, und die Erfolge dieser Arbeiten seien auch nicht ausgeblieben; immerhin gälte es, das Sekretariat finanziell mehr zu unterstützen als bisher, weshalb jene Sitzung beschlossen habe, Halbjahreskarten à 50 Pf. auszugeben, wofür jedem Inhaber derselben Auskunft und Rath in allen das Erwerbsleben berührenden Fragen kostenlos erteilt würde. Andererseits wurde es zur Nachahmung empfohlen, gleichwie der Ortsverein der Maschinenbauer Oberbill, 5 Pf. pro Mitglied und Monat zu bezahlen; auch empfiehlt der Referent das Abonnement auf den „Gewerkevereinsboten“. Im Anschluß an den Bericht erläuterte Kollege Broker an der Hand des Regulativ des Sekretariats den Zweck desselben und ersucht um thätkräftige Unterstützung dieser Einrichtung. In der Diskussion hierüber geht zunächst Kollege Barnholt auf die Stadtverordnetenwahlen ein und schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Jedes Mitglied müsse es als Ehrenpflicht betrachten, für beide Kandidaten zu werben und einzutreten, um dadurch noch einen größeren Achtungserfolg zu erzielen und unsere Kandidaten durchzubringen. Zu der Frage des Arbeitersekretariats giebt Redner seiner Freunde Ausdruck, daß durch den Bericht des Kollegen Heinen und durch die Ausführungen des Kollegen Broker auch den jüngeren Mitgliedern die Aufgaben und der Zweck des Sekretariats bekannt gegeben sei, denn nicht allein zur Auskunftserteilung sei diese Institution geschaffen, sondern der Sekretär sei auch diejenige Person, welche die Gewerkevereinsache vor der Öffentlichkeit und den Behörden gegenüber vertritt, sowie die Beschlüsse des Ortsverbandes sowie der sozialen Kommission zu bearbeiten und durchzuführen hat. Grund dessen sei eine finanzielle Unterstützung dieser wichtigen Einrichtung Pflicht aller Mitglieder der

Gewerkevereine innerhalb des Ortsverbandes. Die Kostenfrage dieser beiden Punkte gäben ihm Veranlassung, die Diskussion hierüber in eine andere Bahn zu lenken, indem er der Versammlung den Vorschlag mache, die seiner Zeit von Kollegen Heinen angeregten Lokalbeiträge einzuführen. Redner begründet den Vorschlag, 5 Pf. pro Mitglied und Woche Lokalbeitrag zu erheben, dadurch, daß der Ortsverein laut Beschlüsse zur Zahlung von Beiträgen an den Ausbreitungsverband, Sekretariat, Agitationskomitee der Tischler für Rheinland und Westfalen moralisch verpflichtet sei, das Geld dafür aber immer so spärlich einkomme, daß die Erfolge dieser Einrichtungen durch den Geldmangel zu leiden hätten. Durch das Sammeln von freiwilligen Beiträgen, als Streikmarken, Sammelisten, Lokalunterstützungskasse werden erfahrungsgemäß nur diejenigen Mitglieder berührt, die Interesse zur Sache dadurch bekunden, indem sie die Versammlungen fleißig besuchen; manchem Genossen würde der Versammlungsbefuch dadurch verleidet. Die anderen Mitglieder zahlen eben wenig oder garnichts. Deshalb seien auch diese Lokalbeiträge keine Belastung, sondern sie hätten lediglich den Zweck, daß, wenn Jeder an den erlangenen Erfolgen Antheil habe oder haben soll, auch die Pflichten auf alle Schultern gleichmäßig vertheilt werden müßten. Die Einführung der Lokalbeiträge sei eine Nothwendigkeit geworden, wenn nicht der Zweck der ganzen Einrichtung in Frage gestellt werden soll. Es könnte aus der Lokalkasse ein bestimmter Satz als Beiträge für die einzelnen Gliederungen bezahlt werden, welche dadurch lebensfähig und thätkräftig blieben. Ein weiteres Schmerzenskind sei bisher stets der Versandt der Zeitungen gewesen. Obwohl es Pflicht der Ausschüsse sei, dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied dieselben erhält, hapert andererseits die Zustellung immer an der Bezahlung des Bestellgeldes seitens der Mitglieder. Dies könne unter der Bedingung aufgehoben werden, wenn sich Mitglieder, namentlich die Werkstattheilgen, bereit fänden, bei dem Versandt mitzuhelfen; es könnten dann auch mehrere Zeitungen an eine Adresse verschickt werden, wodurch Porto gespart würde. Wenn mehrere Mitglieder vereint sich der Sache annehmen und gemeinsam mitarbeiten, dürfte dies wohl gehen; auch könne dann der „Gewerkevereinsbote“ für 50 Pf. pro Quartal geliefert werden, wodurch sich auch die Abonnentenzahl heben würde. Redner bittet, in letzterem Sinne geeint und gemeinsam mitzuwirken, denn durch Einigkeit gewinnen wir an Stärke und durch gemeinsame Arbeit erhalten wir Kraft. Die Kollegen Heinen, Broker, Langwald, Lange und Sedat sprechen sich im gleichen Sinne aus und begrüßen es, daß, wenn alle Mitglieder für einen Lokalbeitrag eintreten würden, wir dadurch aus vielen Kalamitäten heraus wären, und wir dann einen Fonds hätten, womit wir rechnen und arbeiten könnten; nur in Bezug auf das Zeitungsbestellgeld wünschten die Genossen Heinen und Sedat eine Aenderung. Hierauf beantragt Kollege Heinen eine Vertagung des Beschlusses bis zur nächsten Versammlung, während Kollege Lange beantragt, die Lokalbeiträge von 5 Pf. pro Woche und Mitglied treten mit dem 1. Januar 1903 in Kraft. Durch Annahme des Antrages Heinen wurde der Antrag Lange aufgehoben. Sodann beantragt Kollege Ostermann, die Versammlung auf einen Sonntag zu verlegen, damit auch besonders den auswärtigen Mitgliedern Gelegenheit zur Aussprache gegeben sei. Auf Vorschlag des Kollegen Barnholt nahm hierauf die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige Ortsvereinsversammlung ist im Prinzip für Lokalbeiträge und fordert den Sekretär auf, jedes Mitglied darauf hinzuweisen, daß am Sonntag, den 14. Dezember, eine endgültige, jedes Mitglied bindende Abstimmung erfolgen wird“

Somit fällt die Versammlung am 9. Dezember aus, da beschlossen wurde, dieselbe auf Sonntag, den 14. Dezember, Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, zu verlegen, in welcher auch die Neuwahl des Ausschusses erfolgen soll. Unter Verschiedenes ersuchen die Kollegen Broker und Heinen nochmals, den beiden von uns aufgestellten Kandidaten ihre Stimme am Wahltage zu geben. Hierauf schloß gegen 11 $\frac{1}{4}$ Uhr Nachts Kollege Broker die gutbesuchte Versammlung.

S. Barnholt, Sekretär.

Erlangen. Der Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen beging im November im Prater-Saale die Feier seines zwanzigjährigen Bestehens unter äußerst zahlreicher Theilnahme. Erschienen waren dazu, im Auftrage des Generalraths, das Generalrathsmitglied Dorn (Nürnberg), als Vertreter des süddeutschen Ausbreitungsverbandes Heuger (Fürth), sowie Vertreter des Ortsvereins der Tischler Fürth; auch von den Ortsvereinen der Schneider, Stuhlarbeiter, Maschinenbauer und Metallarbeiter Erlangen waren Vertreter erschienen. Der Vorsitzende, Gen. Kitzling, begrüßte die Anwesenden und entrollte dann ein Bild von der Gründung des Vereins. Erst nach vieler Mühe sei es den Genossen Weber, Link und Heuger aus Fürth (erstere beiden schon lange Jahre todt) gelungen, den Verein in's Leben zu rufen. Von den Begründern sei heute, nach 20 Jahren, unser Freund Heuger der einzige, der dem Feste beizuhue. Das Generalrathsmitglied Dorn überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Generalraths an den Ortsverein und erläuterte in 3/4stündiger Rede Ziele und Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine. Sein Hoch galt unserer Organisation. Gen. Heuger richtete in gleich schöner Ansprache beherzigende Worte an die Festtheilnehmer, die sich auf die Gründung des Ortsvereins bis zum heutigen zwanzigsten Geburtstag bezogen, und brachte ein Hoch auf den festgebenden Ortsverein aus. Unter anderen wurde dann auch

noch ein Glückwunschsreiben von dem Ortsverein der Deutschen Kaufleute Fürth verlesen. Der sich anschließende Ball hielt die Festversammlung bis zum frühen Morgen einträchtig beisammen. — Bei dem wenige Stunden später folgenden Frühshoppen mit deklamatorischen Vorträgen wurde eine Rede über Organisation seitens des Ortsverbandskassiers Puff gehalten, bei welcher Gelegenheit ein von Herrn Direktor Meier gespendetes Angebinde von einem Hektoliter edlen Gerstenafes ebenso freudig als durstig (!) entgegengenommen wurde. Schließlich können wir die Versicherung abgeben, daß der Ortsverein alle seine Kräfte anbietet, um die Agitation zu fördern und um neue Mitglieder zu gewinnen.
S o h. M a r i n, Sekretär.

Berlin. Die Sitzungen des Gewerkschaftsclub für Volkswirtschaftslehre (Diskutierclub) finden regelmäßig jeden Mittwoch Abend von 8 $\frac{1}{2}$ —10 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Königst. Casino“, Alexanderstr., Ecke Holzmarktstr., statt. Strebsame Gewerkschaftsgenossen werden gebeten, diesem Club, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Mitglieder redigewandt und sozialgesetzkundig auszubilden, beizutreten. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen und beträgt der monatliche Beitrag 25 Pf.
S. A.: W. K ö h l e r, Schriftführer,
N. W., Lübeckerstr. 26.

Auskunftei der „Siche“.

Auskunft in allen Fragen des praktischen Lebens erteilen wir unseren Mitgliedern gern umsonst, schnellstens und gewissenhaft
in der Auskunftei: sobald die Anfrage von allgemeinem Interesse ist,
schriftlich: sobald es sich um persönliche Angelegenheiten handelt.
Wird schriftliche Antwort gewünscht, dann ist der Anfrage ein mit der Adresse versehener und postfrei gemachter Briefumschlag beizufügen.

F. M. in Mannheim, D. G. in Chemnitz, S. B. in Radeberg.
Die Eingefandt finden in nächster Nummer Verwendung.

W. R. 1902. Um eine Altersrente zu erhalten, muß eine Versicherte mit einer Beschäftigung, welche schon seit 1891 versicherungspflichtig ist, von 1891 an jährlich mindestens 40 Invalditätsmarken bis zum 70. Lebensjahre geklebt haben. Dagegen genügt bei Beanspruchung einer Invalidenrente schon der Nachweis von mindestens 200 Marken bezw. Beitragswochen, wobei zu beachten ist, daß als Beitragswochen auch Krankheitswochen gelten.

Au alle unsere Korrespondenten. Zu unzähligen Malen ist schon darauf hingewiesen, daß alle für die am Freitag der Woche fällige Nummer der „Siche“, nur auf einer Seite des Papiers zu schreibenden Manuskripte für größere Artikel und Berichte bis Montag Abend, für Inserate, Versammlungsanzeigen und Ähnlichem bis spätestens Dienstag Mittag, als dem Redaktionsschluss, jedoch nur z. S. der Schriftleitung (N. Bahle, Berlin O., Münchebergerstr. 15), wie am Kopfe der Zeitung angegeben, sein müssen.

Seuilleton.

Verheirathet muß er sein!

Novelle von Konrad Frühwald.

(Nachdruck verboten.)

(12. Fortsetzung.)

Mit diesen Worten erhob sich Freifrau Kamilla. Lehrbach geleitete sie bis zu einer der Archivkammer gegenüberliegenden Thüre, an der sie sich von ihm mit den Worten verabschiedete: „Zum Diner sehen wir uns wieder!“

Ehrfurchtsvollst verbeugte sich Lehrbach und die Freifrau von Rotenstein verschwand hinter der Thür.

Lehrbach ging an den Schreibtisch, welchen die Baronin soeben verlassen hatte und sagte zu sich selbst: „Wenn sie immer so kühl und vornehm wäre, dann hätte ich für mein altes Herz keinen Sturm zu befürchten.“

Dann öffnete er das Kästchen, nahm die schweren Schlüssel heraus und schloß die Thüre zur Archivkammer auf.

Da uns aber die Geschichte der verstorbenen Freiherren von Rotenstein gar nicht interessiert und wir mit der Vergangenheit des reichsfreiherrlichen Geschlechtes im Verlauf dieser Geschichte nichts zu thun haben, so überlassen wir den Doktor George Lehrbach dem Studium der vergilbten Papiere und gehen hinab in den Schloßhof, in welchen eben der Oberförster Birkhahn einreitet und noch vom Sattel aus an den eben aus dem Schlosse tretenden Haushofmeister die Frage richtete: „Was macht Doktor Lehrbach?“

„Er arbeitet im Archiv,“ erwiderte Herr Kohlhammer. „Wünschen der Herr Oberförster vielleicht, daß ich den Herrn Doktor von Ihrer Ankunft unterrichte?“

„Danke, mein lieber Kohlhammer,“ gab Birkhahn zur Antwort, während er vom Pferde stieg und die Zügel einem herbeigeeilten Reitknecht überließ. „Aber wenn der Herr Doktor in seine Zimmer zurückkehrt, lassen Sie mich davon benachrichtigen.“

„Gewiß, Herr Oberförster!“

Birkhahn schritt auf eine kleine Thüre zu, auf der ein Messingtäfelchen glänzte, worauf in schwarzen Lettern zu lesen war: „Reichsfreiherrlich von Rotenstein'sche Gutsverwaltung“ und verschwand hinter derselben. Herr Kohlhammer aber ging nach der Küche, inspizierte die Vorbereitungen zu dem Mittagessen und begab sich, nachdem er Alles zu seiner Zufriedenheit gefunden, nach seiner Wohnung, die im äußersten rechten Schloßflügel gelegen war..

Dortem fand er die freiherrliche Wäscheverwalterin, ein herzig alt Weibchen mit silbergrauen, glattgeschaitelten Haaren unter einem blendend weißen Häubchen mit dunkelgrünen Seidenbändern garnirt, viele Fältchen und — wahrlich — auch einige Runzeln in dem gutmüthigen Gesichte, dem aber trotz des auf siebzig Jahre weisenden Alters weder rote Backen noch Züge fehlten, die einstens schön gewesen sein mußten.

„Du kommst spät, Sebastian!“ rief die alte Frau dem eintretenden Haushofmeister zu, währenddem sie Stöße feiner Tafellinens mit breiten, rothen Bändern zusammenband.

„Hab' mich in der Küche verspätet, Lene!“ erwiderte Kohlhammer und zog seinen Morgenrock aus, den er sorgfältig an einen in der Zimmerdecke befestigten Kleiderrechen aufhing, von dem er eine weiche, warme Koppe herabnahm, in die er rasch hineinschlüpfte.

„Der neue Doktor macht Dir auch wohl viel Mühe, Alter,“ warf Frau Kohlhammer hin.

„Gar nicht, Alte!“ sagte rascher der würdige Haushofmeister, als man's sonst an ihm gewohnt war und nahm aus einem Wandschrank zwei Gläser und eine bestaubte Flasche heraus. „Er ist ein lebenswürdiger Herr, vornehm und anspruchlos —“, dabei füllte er die beiden Gläser mit dem scharfbustenden spanischen Wein — „der mehr von dem wahren Edelmann besitzt, als die meisten unserer jetzigen Kavaliere!“

Mit diesen letzten Worten reichte er eines der Gläser der alten Frau und sagte, bevor er das andere an die Lippen setzte: „Trink, Lene, auf Dein Wohl!“

„Auf Dein Wohl, Sebastian!“ sagte auch die Wäscheverwalterin und setzte sich, bevor sie trank, auf einen niederen Stuhl am Fenster; Kohlhammer aber streckte sich behaglich aus in einem großen Volutaire, der, ein richtig großväterliches Möbel, mit großgeblühtem Wollenstoff überzogen, hart an der Fensternische stand.

Dann erst tranken die beiden alten Leute, langsam schlürpfend, den Wein aus.

„Wird Dich meine Pfeife nicht belästigen?“ fragte Kohlhammer seine Frau.

Dieselbe Frage richtete der alte Haushofmeister seit vierzig Jahren täglich an seine Gattin, und niemals nahm er Pfeife und Tabakbeutel zur Hand, bevor Frau Lene ihm „Bünde sie nur an, unverbesserlicher Tabakschmaucher!“ zugerufen hatte. Während er sein Pfeifchen stopfte, setzte sie ein dünnes, langes Stäbchen von Lannenholtz in Brand, damit ihr Sebastian nicht den Schwefel des Streichholzes in die Kehle kriege.

Eine Weile lang blieben die beiden Alten stumm. Dann sagte Frau Lene: „Wir ist's garnicht recht, daß wieder so ein Herr Doktor auf's Schloß gekommen ist!“

„Warum nicht, Alte?“ fragte Herr Kohlhammer.

„Eil hat's nicht mit dem ersten — — —“

„Pfl Frau Kohlhammer!“ fiel ihr der Haushofmeister ernst und energisch in die Rede. „Davon wird nicht geredet.“

„Aber Sebastian! Es ist doch die pure Theilnahme, die mich —“
„Alte Geschichten brauchen keine Theilnahme!“ unterbrach Kohlhammer abermals die Redseligkeit seiner Frau, diesmal aber so kategorisch, daß Frau Lene keinen weiteren Versuch machte, das angedeutete Thema wieder aufzunehmen.

Schweigend fuhr sie fort, das Tafellinens mit rothen Bändern zusammenzubinden, und wortlos rauchte der Haushofmeister seine Pfeife. „Wird der neue Doktor lange hier bleiben?“ fragte nach minutenlangem Schweigen Frau Lene.

„Weiß es nicht,“ klang es zurück.

Nach einer neuerlichen Pause forschte sie weiter: „Was fehlt denn eigentlich der Frau Baronin, daß sie einen Doktor von so weit her auf's Schloß kommen ließ?“

„Ihre Gnaden erfreuen sich der besten Gesundheit,“ erwiderte der Haushofmeister.

„Warum ist denn der Doktor gekommen?“

„Er ist kein Arzt, sondern ein Gelehrter, ein Dichter!“

„Ein Gelehrter! ein Dichter!“ wiederholte Frau Lene. „Was soll denn der auf dem Schlosse?“

„Ihre Gnaden werden's wohl wissen, haben mir's aber nicht mitgetheilt,“ entgegnete kurz Herr Kohlhammer.

„Sebastian! Du bist noch immer derselbe hartnäckige Geheimnißträmmer!“ rief Lene lebhaft aus. „Kommt da ein wildfremder Mensch in's Schloß und Du — der Haushofmeister — Du wußt es nicht!“

„Frau Kohlhammer.“ sagte gelassen Sebastian zu seiner Gattin, „sei so gut, meinen Frack zurecht zu legen.“

Brummend, aber ohne verständliche Widerrede, erhob sich Frau Gene und nahm aus einem alten, mit Messingzieraten versehenen Kasten das verlangte Kleidungsstück. Herr Kohlhammer entledigte sich seiner Toppe, die er behutsam wieder an ihren Platz hing, trat an den altmodischen, aber sauber mit weißem Musselin überhängten Toiletentisch, glättete sein spärliches Haupthaar und fuhr dann langsam in das Kleidungsstück, das ihm Frau Gene ausgebreitet entgegenhielt. Der Haushofmeister wollte sich entfernen, doch Frau Gene stellte sich ihm resolut in den Weg und wispelte verschämt wie eine Sechszehnjährige: „Sebastian! Krieg' ich heute keinen Schmatz?“

Ernst sah ihr Kohlhammer einen Augenblick lang in's Gesicht, dann leuchtete eine herzinnige Bärlichkeit auf seinem Gesichte, er faßte

seine Gattin bei den herabhängenden Haubenbändern, zog sie daran an sich und küßte sie auf den Mund.

Ohne noch ein Wort zu sprechen, schritt er zur Thüre hinaus, feierlich, zeremoniell, wie es seine Gewohnheit war.

„Er ist doch ein lieber Mann, mein Alter!“ sagte Frau Gene, als sich die Thür hinter dem Abgegangenen schloß. „Wenn er nur mittheilbarer wäre!“

Dann wischte sie sorgfältig jedes Aschenstäubchen vom Boden vor dem Voltairesstuhl, klopfte die Pfeife aus, hängte sie behutsam an den Kleiderrechen und nahm ihr Wäschesammelgeschäft wieder auf, wobei sie vor sich hinstarrte: „Diese Männer! Puzen! Nichts als puzen muß man, wenn sie einen Augenblick lang zu Hause gewesen sind. — Was der fremde Doktor hier bloß suchen mag? Und verheirathet soll er auch nicht sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Umtlicher Theil.

180. Bureauführung.

Verhandelt Berlin, den 8. Dezember 1902, Vormittags 10 Uhr.

1. Vom Verbandsbureau sind für den Generalrath Einladungskarten zu dem am 29. Dezember zu Ehren des 70. Geburtstages des Anwalts Dr. Max Hirsch in der Philharmonie veranstalteten großem Verbandsfest zugegangen, und sind demselben zur gefälligen Benutzung überwiesen.

2. Von einer Anzeige des Zentralrathsvertreters Boeck, daß er aus Gesundheitsrücksichten die Vertretung im Zentralrath niederlegt, ist Kenntniß genommen.

3. Berlin (Moabit) und Berlin (Königt.) melden, daß behördliche Kassenprüfungen, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß gaben, stattgefunden haben.

4. Berlin VI. Mitglied 7556 Schmidt erhebt Einspruch gegen die Höhe der demselben in der 49. Vorstandssitzung auferlegten Ordnungsstrafe. Dieser Einspruch kann nicht berücksichtigt werden, da der Thatbestand zu der Straffestsetzung in dem Schreiben zugegeben ist.

5. Von der Rheinisch-Westfälischen Agitationskommission werden 25 Mk. Beihilfe, oder Zurückstattung der 15 Mk. betragenden Unkosten, entstanden bei der Gründung des Ortsvereins Hamm (Westf.), beantragt. Ueber die letztere Position wird nach Eingang und Prüfung der Beläge Beschluß gefaßt werden.

6. Hilfsfondsgeuch 10 983 Radeberg wird wegen nicht erreichter Wartezeit abgelehnt. — Die Gesuche aus Elbing und Landsberg II werden dem Generalrath überwiesen.

7. Ebersfeld. Dem Mitgliede 2068 Kaminski wird der Rechtsschutz für die zweite Instanz nicht gewährt, weil derselbe den Klageweg nicht sofort vor zwei Jahre beschritten, und jetzt durch Versäumniß den Prozeß erster Instanz verloren hat.

8. Spandau. Der auf Antrag der Betriebskrankenkasse vorgenommene Domizilwechsel des Mitgliedes 5607 Sieg nach Eberswalde wird genehmigt.

9. Ueberfiedelungsbeihilfe ist bewilligt an: 3403 Heide-Karlsruhe bis Biedolshain, für 18 Alm., an Reiseunterstützung des Mitgliedes 45 Pfg. für die Frau 36 Pfg., für 4 Kinder 90 Pfg., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Mk., in Summa 11,71 Mk.

10. Der Antrag auf Arbeitslosenunterstützung für Mitglied 8452 Darisch-Sprottau wird verlagert, bis die Einsichtnahme des Statutenbuchs des Mitgliedes erfolgt ist, um dessen Einsendung hiermit ersucht wird.

11. Arbeitslosenunterstützung, pro Arbeitstag 1,25 Mk., ist zu zahlen an: 16 Frischmuth-Altenstein v. 14. 12. (Beitragsabst. 51. W.); — 368 Piotrowski-Berlin (West) v. 14. 12. (Beitragsabst. 51. W.); — 7540 Panfui-Bromberg v. 11. 12. (Beitragsabst. 50. W.); — 6178 Kunze-Dresden v. 7. 12. (Beitragsabst. 50. W.); — 2972 Ellert und 2974 Enderweit, beide Gumbinnen v. 10. 12. (Beitragsabst. 50. W.); — 2789 Foehtlich-Görlitz I v. 14. 12. (Beitragsabst. 51. W.) mit Einrechnung der seit Juli d. J. erhaltenen Unterstützung: — 3161 Seilmann-Gaynau v. 10. 12. (Beitragsabst. 50. W.), eventuell nur bis 4 Wochen; — 4718 Brögel-Mürnberg II v. 7. 12. (Beitragsabst. 50. W.); — 4605 Geiersbach-Mürnberg I v. 12. 12. (Beitragsabst. 50. W.), mit Einrechnung der im April d. J. erhaltenen Unterstützungen; — 6110 Herzog-Striegau v. 9. 12. (Beitragsabst. 50. W.); — 6370 Krepka-Wetter v. 12. 12. (Beitragsabst. 50. W.).

Nur Beitragsabstempelung: 9891 Karhöfer-Gumbinnen von der 49. Woche an.

12. In Arbeit: 3569 Miez-Landsberg I am 1. 12.; — 530 Röhring am 1. 12. und 486 Witte am 2. 12., beide in Stolp.

Schluß 12 Uhr Mittags.

Das Bureau.

H. Bahlke,
Vorsitzender.

E. Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Zur geneigten Beachtung!

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (§. 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassirer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassirer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

4889 Wilhelm Wichert-Rosen. — 613 und 613b Johann Buchholz und Frau, Berlin (Königt.).

Das Bureau:

H. Bahlke,
Vorsitzender.

E. Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Zur Beachtung.

Für die Herren Ortssekretäre und Ortskassirer liegt dieser Nr. 50 der „Eiche“ die „Umtliche Beilage“ bei, enthaltend die Nummern der eingetretenen als auch gestrichenen Mitglieder.

Das Bureau.

Versammlungen.

Dezember.

Altenstein. 14. Nachm. 5 Uhr, Vers. in der „Herberge für vereinigte Innungen“. Beitrags-, Ausschuhwahl, Versch.

Ausbach. 14. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Halbmond“. Gesch., Beitrags-, Ausschuhwahl.

Augsburg. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee National“. Beitragsabst., Ausschuhwahl, Versch.

Barmen. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rest. Hammerle“, Unterdörner- und Schafrückenstr.-Ecke. Gesch., Beitrags u. A.

Berlin (Ost). 20. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Vortrag des Herrn Fürstenberg über lebende Photographien mit Vorführung eines Kinetographen, Versch., Schlußeinziehung sämtl. Quittungsbücher. Damen willkommen. — Am 26. Dezbr., Feier des 84jähr. Bestehens.

Berlin (Königt.). 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Köpenstr. 65. Gesch., Beitrags-, Ausschuhwahl, Versch. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Berlin (Moabit). 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zur Stadt Liegnitz“, Alt-Moabit 77, Ecke Jagowstr. Gesch., Ausschuhwahl.

Berlin (West). 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görschenstr. 29. Beitrags- u. A.

Berlin (Nord). 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch. Vortrag des Agl. Gewerbeinspektors Hrn. Dr. Rasch über „Gewerbeaufsicht in Holzbearbeitungsfabriken.“ — Am Sonntag, den 21. Dezbr., Abds. 5 Uhr, Weihnachtsbescherung bei Düböter, Uledomstr. 33.

Berlin VI (Pianofortearb.) 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenickerstr. 158 im Hof. Gesch., Beitrags. — Leipziger Musikinstrumentenztg. liegt aus.

Berlin VII (Modell- u. Fabriktechn.). 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Chausseestr. 72. Gesch., Beitrags-, Versch.

Berlin. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Grünstr. 20, kombinierte Ausschuhführung. Festlegung eines Reglement z. Gründung u. Ausführung eines Totalfonds.

Berlin. Sed. Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsst. d. Sängerkorps d. Deutschen Gewerbevereine (G.-D.) im „Rest. Noad“, An der Stralauerbrücke 2a.

Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 19. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Beuthen. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Beuthener Bürgergarten“, Al. Blodnikastr. 4. Gesch., Beitrags-, Ausschuhwahl.

Bocholt. 14. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Magschke, Ewaldstr. Ausschuhwahl zc.

Bredow. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Bredower Brauerei“. Gesch., Ausschuhwahl, Beitrags- u. A.

Breslau (Tischler). 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. z. grünen Löwen“, Büttnerstr. Ausschuhwahl, Versch.

Bromberg. 14. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Wichert, am Fischmarkt. Ausschuhwahl.

Bruchsal. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Einhorn“. Beitrags-, Wahl des Ausschusses.

Bütow. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Dumrose, am Markt. Gesch., Beitrags.

Charlottenburg. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Camuset, Windscheidstr. 29. Gesch.

Cöln a. Rh. 21. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Schloßer“, Hohepforte 8, I. Beitrags-, Wahl des Ausschusses.

Danzig. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Ausschuhwahl.

Dirschau. 21. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Ausschuhwahl
Dortmund. 14. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Rest. Kromberg“, Westend-
 weg 120. Beitrags., Gesch., Wahl des Ausschusses, Vortrag d. Genossen
 Kreil-Eberfeld.
Dresden. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Fraue nstr. 12, I. Beitrags., Wahl
 des Ausschusses.
Dr.-Pieschen. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Fiedler“, Leipzigerstr. 107.
 Ausschuhwahl, Beitrags. u. A.
Düsseldorf. 14. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Schumacher, Zimmermannstr. 38a.
 Beitrags., Ausschuhwahl, endgültige Abstimmung über Lokalbeiträge.
Duisburg. 21. Nachm. 6 Uhr, Vers. b. Gasentamp, Friedr. Wilhelmstr. 16.
 Gesch., Beitrags., Ausschuhwahl.
Eberfeld. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Rest. z. Cölnener Wappen“, Kaiserstr. 8.
 Beitragszahl. — Seden 1. und 3. Donnerstag im Monat, Abds. 9 Uhr,
 Diskussionsstunde.
Elbing. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehause“. Beitrags., Berichte.
Frankfurt. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Fröhlich, Nichtstr. 72. Ausschuhw.
Freiburg. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrags.,
 Wahl des Ausschusses, Versch.
Friedenshütte. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Postulka. Gesch., Beitrags.
Gera. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Helm's Rest.“, Kornmarkt. Ausschuhw.
Gleitwiz. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum gelben Hirsch“,
 Jährzer Chauffee. Gesch., Beitrags., Versch.
Göggingen. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Ochsen“. Gesch.,
 Beitrags., Versch.
Görlitz (Tischl.). 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Stadt Pilsen“, Obermarkt.
 Gesch., Beitrags., Versch.
Görsitz. 21. Nachm. 5 Uhr, Vers. in „Helm's Restaur.“. Gesch., Beitrags.
 Wahl des Ausschusses.
Graudenz. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gesellschaftshause“, Grabenstr. 10.
 Gesch., Ausschuhwahl, Beitrags. u. A. — Am 25. Dezember, Nachm.
 5 Uhr, in den Räumen des „Walddhäuschens“ Weihnachtsbescherung
 u. Tanz. Freunde u. Gänner von nah und fern sind herzl. eingeladen.
Grünberg. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Adam, Holzmarktstr. 1. Beitrags., Ausschuhw.
Gumbinnen. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. Darkehemerstr. 41. Ausschuhwahl,
 Beitrags., Versch.
Hagen. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kaisersaal“, Eberfelderstr. 56. Versch.,
 Wahl des Ausschusses, Beitragszahl.
Halle. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 9. Beitrags.
Hirschberg. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. goldenen Löwen“. Gesch.,
 Ausschuhwahl, Versch.
Jena. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Wahl des Ausschusses.
Karl. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haupt, Viktoriastr. 73. Ausschuhwahl.
Karlruhe. 21. Vorm. 10 Uhr, Vers. i. „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
Kattowitz. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Nagel's Gesellschaftshaus“,
 Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags., Versch.
Landeshut. 14. Nachm. 2 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. blauen Hirsch“,
 Ausschuhwahl, Gesch., Beitrags. — Die Quittungsbücher mitbringen!
Landberg I. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Neumann, Paradeplatz. Gesch.,
 Ausschuhwahl, Versch.
Langenbielau. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Adam. Gesch., Wahl d. Ausschusses.
Langenöls. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Pfeiffer. Gesch., Ausschuhwahl.
L.-Lindenau. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönisch's Saalbau“, Litzenerstr. 14.
Leipzig-Ost. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Rest. z. Kohlgarten“, Kronprinzenstr.
 Gesch., Wahl des Ausschusses, Beitrags. u. A.
Liegnitz. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“, Wohl-
 markt 22. Gesch., Beitrags., Versch.
Löbau. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Morgenstern“. Gesch., Beitrags.
Magdeburg. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Löwen“, Georgenstr. 11.
 Gesch., Ausschuhwahl, Beitrags.
Mannheim. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Rest. z. Pfalzgraf Ludwig“, R. 1.9.
Mühlheim (Ruhr). 14. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. König, Charlottenstr. Beitrags.,
 Wahl des Ausschusses.
Neu-Ulm. 20. Abds. 7 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Schützen“. Gesch.,
 Wahl des Ausschusses.
Nowawes. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Lucht, Wilhelmstr. 24. Ausschuhw.
Patschkau. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“. Gesch., Beitrags.,
 Ausschuhwahl, Versch.
Pfersee. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Johannesbad“. Gesch., Ausschuhw.
Plettenberg. 14. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Wettermann. Ausschuhwahl.
Pösen. 14. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Flechtmanu, Wasserstr. 27. Gesch., Beitrags.,
 Wahl des Ausschusses u. A.
Potsdam. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Bell, Waisenstr. 61. Ausschuhwahl.
Queblinburg. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. Prinz Heinrich“. Wahl
 des Ausschusses.
Rathenow. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Picht, Berlinerstr. 14. Beitrags.
Rixdorf. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Gesch., Beitrags. u. A.
Rothenburg. 14. Nachm. 3 1/2 Uhr, Vers. b. Kirchdörfer. Ausschuhwahl.
Rudolfsadt. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Dana“. Ausschuhw. u. A.
Schfenbitz. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Müller, Bahnhofstr. Ausschuhwahl.
Schötmar. 21. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Odeon“. Gesch., Ausschuhw. zc.
Schwelm. 21. Abds. 7 Uhr, Vers. b. Kalihof, Kaiser- u. Wilhelmstr.-Ecke. Gesch.,
 Ausschuhwahl, Beitrags.
Spandau. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Ausschuhwahl.
Sprottau. 27. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Beitrags., Gesch.
Stahfurt. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Kalle, Gütenerstr. 3. Ausschuhwahl.
Stettin I. 14. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Labudde, Louisenstr. 18. Beitrags., Wahl
 des Ausschusses, Gesch.
Stettin II (Goldarb.). 20. Abds. 9 Uhr, Vers. im „Rest. Säger“, Elisabethstr. 49.
 Beitrags., Ausschuhwahl, Gesch.
Stolz. 13. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Duggert, Synagogenstr. Stellungnahme
 zum Artikel in der Holzarbeiterzeitung, den letzten Streik betreffend.
Stolpmünde. 14. Nachm. 4 Uhr, Vers. in „Röhn's Hotel“. Beitrags., Versch.
Stralsund. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. z. Börse“, Heiligeiststr. 50. Gesch.,
 Beitrags., Wahl des Ausschusses u. A.
Striegau. 20. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.,
 Gesch., Versch.

Ulm. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Steinhof“. Beitrags., Diskussionsst.
Weinheim. 14. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwan“. Ausschuhw.
Weiskenee. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Gesch.,
 Beitrags., Versch.
Wetter. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schaberg, Königstr. 37a. Ausschuhw.
Wismar. 13. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Lindenhof“. Ausschuhw. u. A.
Worms. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rheintal“, Rheinstr. 4.
 Gesch., Beitrags., Wahl des Ausschusses u. A.
Yerbft. 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hennemann's Bürgerhaus“. Gesch.,
 Beitrags., Wahl des Ausschusses.

Orts- und Medizinalverbände.

Wetter und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 14. Dezbr., Nachm. 4 Uhr,
 Versamml. b. Wwe. Herberk. Tagesordnung dajelbst.
W.-Glabach und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 21. Dezbr., Nachm.
 6 Uhr, Versamml. b. P. Heinen, Wallstr. Wahl zweier Revisoren,
 Erläuterung für den Ortsv. der graphischen Berufe, Versch. — Die
 Ortsvereinskassierer werden dringend ersucht, bei dieser Versammlung
 die Ortsverbandsbeiträge zu begleichen, wegen Fertigstellung des
 Jahresberichtes.

Anzeigen.

Der Allgemeine Tischler-Kalender 1903

ist erschienen und enthält in diesem Jahre die wichtige Beigabe
**„Praktische Anleitung zur Buchführung für Gewerbe-
 treibende“**, speziell für Tischler bearbeitet.

Im I. Theil befindet sich nebst Kalendarium und tägl. Notiz-
 buch eine vergleichende Uebersicht der Münzen, Maße u. Gewichte,
 Portofätze, Telegramm-Gebühren, alle Arten Tabellen, wie z. B.
 Tabellen für Holzrechnung, Holzpreise, Verwandlung von
 Fuß in Meter, Zinstabelle u. s. w.

Der II. Theil bringt eine Reihe praktischer Winke.
 Elegant gebund. Preis Mk. 1,60 bei freier Zusendung.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt vom Verlage
J. Harrwitz Nachfolger, Berlin S.W. 48, Friedrichstr. 16.

Für unsere Vereins-Bibliotheken

sind noch einige gebundene Exemplare „Die Eiche“, Jahrgänge
 1900 und 1901, zu dem geringen Preise von Mk. 3,50 pro Exemplar
 zu beziehen von der Expedition

Berlin O. 17, Müncheberger Strasse 15.

Ortsverband Sprottau.

Durchreisende Genossen erhalten
 die Verbandsunterst. von 75 Pf.
 in Naturalien in der Herberge zur
 Heimath. Genossen, die keinen
 Ortsverein ihres Berufes am Orte
 haben, erhalten 50 Pf. beim Orts-
 verb.-Kass. Gen. Radzei, Katho-
 lischer Kirchplatz.

Cüstrin. Durchreisende Genossen
 erhalten eine Unterst. von 75 Pf.
 in Naturalien in der Herberge zur
 Heimath. Kass. Ab. Braunsdorf,
 Kommandantenstr. 91.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins
 der Tischler **Schweidnitz** befindet
 sich beim Genossen Paul Schubert,
 Vorwerkstraße 3, T. II.

Der Arbeitsnachweis
 des Ortsv. der Tischler und verw.
 Berufsgen. zu **Graudenz** befindet
 sich Bischofstr. 6. Sprechst. Mittags
 12—1, Abds. von 7—8 Uhr. —
 Durchreisende Genossen erh. Mittag-
 essen und Nachklogis.

Patent-Bureau
Richard Lüders

Görlitz + + Berlin NW. 7
 Mühlweg 18. Mittelstr. 24.
 Gegründet 1874.

In Frankfurt (Oder) erhalten
 durchwandernde Gewerkevereins-
 genossen freie Verpflegung in der
 „Herberge zur Heimath“ für Nach-
 lager, Abendbrod und Frühstück. —
 Karten sind bei allen Ortskassirern
 zu haben.

Der Arbeitsnachweis des
 • • Ortsverbandes **Elberteld**
 befindet sich im „Gasth. zum Cölnner
 Wappen“, Kaiserstr. 8.

Rathenow. Durchreisende Mit-
 glieder erh. eine Unterst. von 50 Pf.
 beim Ortsverbands-Kassierer Herrn
 Arummrei, Fehrbellinerstr. 4.